

Deutsch- britische Beziehungen

und „der Mythos
Cadenabbia“

Hartmut Mayer / Thomas Bernd Stehling (Hrsg.)



Konrad
Adenauer
Stiftung

Impressum

Gesamtherstellung und Umschlaggestaltung:
Druckerei Franz Paffenholz GmbH, Bornheim

Übersetzungen:
Christiane Ferdinand-Gonzalez

© 2005, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin / Berlin

Alle Rechte vorbehalten.

Nachdruck – auch auszugsweise – allein mit Zustimmung
der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Printed in Germany.

Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

www.kas.de

ISBN 3-937731-58-X

Inhalt

Autorenverzeichnis	9
Vorworte der Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Union (CDU) und der Konservativen Partei Großbritanniens	
Angela Merkel	13
Michael Howard	21
Einleitung	
Hartmut Mayer/Thomas Bernd Stehling	23
Teil I: Teilnehmer erinnern sich	
20 Jahre Deutsch-Britische Parlamentarier-Treffen in Cadenabbia	
Kapitel 1 <i>David Hunt</i> Unser Cadenabbia	35
Kapitel 2 <i>Norbert Lammert</i> Cadenabbia. Ein Mythos	49
Teil II: Parlamentarier diskutieren	
Innenpolitische und internationale Herausforderungen für Großbritannien und Deutschland	
<i>Sektion II.1: Innenpolitische Herausforderungen</i>	
Kapitel 3 <i>David Curry</i> Devolution im Vereinigten Königreich	59
Kapitel 4 <i>Roland Koch</i> Deutscher Föderalismus und British Devolution: Zwei Seiten einer europäischen Debatte	80
Kapitel 5 <i>David Willetts</i> Konservatismus und Christdemokratie: Zur Reform der öffentlichen Dienste	87

Kapitel 6	
<i>Matthias Wissmann</i>	
Herausforderung öffentliche Infrastruktur: Mit der Privatwirtschaft partnerschaftlich aus dem Investitionsstau	106
Kapitel 7	
<i>Christian Wulff</i>	
Zukunftsaufgaben für Deutschland	120
Kapitel 8	
<i>Tim Yeo</i>	
Die Reform der öffentlichen Dienstleistungen: Verkehr, Gesundheit und Bildung – eine Herausforderung	136
Kapitel 9	
<i>Peter Müller</i>	
Integration und Migration in Deutschland – Herausforderungen für eine zukunftsorientierte Zuwanderungspolitik	143
<i>Sektion II.2: Internationale Herausforderungen</i>	
Kapitel 10	
<i>Douglas Hurd</i>	
Der Prozess der deutschen Wiedervereinigung – eine besondere Episode der deutsch-britischen Beziehungen	159
Kapitel 11	
<i>Wolfgang Schäuble</i>	
Die Achse London – Paris – Berlin und die Europafrage	166
Kapitel 12	
<i>Francis Maude</i>	
Die deutsch-britischen Beziehungen als Teil des Dreiecks London – Paris – Berlin	181
Kapitel 13	
<i>Friedbert Pflüger</i>	
Die deutsch-britischen Beziehungen und die Trans- atlantische Allianz: alte Partner, neue Heraus- forderungen	194
Kapitel 14	
<i>Michael Ancram</i>	
Die Achse Berlin – London im Rahmen der trans- atlantischen Partnerschaft	207

Kapitel 15 <i>Friedrich Merz</i> Deutschland im Zeitalter der Globalisierung	215
Teil III: Experten reflektieren	
Kapitel 16 <i>Frank Bösch</i> Die CDU. Entwicklungslinien eines Erfolgsmodells	237
Kapitel 17 <i>Tim Gardam</i> Die Medien in Großbritannien: die geschlossene Welt des modernen Fernsehens	255
Kapitel 18 <i>Michael Rutz</i> Die Macht der vierten Gewalt	274
Schlussbetrachtungen	
Hartmut Mayer/Thomas Bernd Stehling	283

Autorenverzeichnis

Michael Ancram

Abgeordneter im Unterhauses (MP) für Devizes, Stellvertretender Vorsitzender der Conservative Party, Schatten – Verteidigungsminister

Frank Bösch

Juniorprofessor für Mediengeschichte, Ruhr-Universität Bochum

David Curry

Abgeordneter im Unterhauses (MP) für Skipton & Ripon

Tim Gardam

Principal of St Anne's College, University of Oxford

Michael Howard

Vorsitzender der Conservative Party, Abgeordneter im Unterhaus (MP) für Folkstone & Hythe

David Hunt

Abgeordneter im Oberhaus (House of Lords), Lord Hunt of Wirral

Douglas Hurd

Abgeordneter im Oberhaus (House of Lords), Lord Hurd of Westwell

Roland Koch

Ministerpräsident des Landes Hessen

Norbert Lammert

Mitglied des Bundestages (MdB) für Bochum 1, Vize-Präsident des Deutschen Bundestages

Francis Maude

Abgeordneter im Unterhaus (MP) für Horsham, Chairman der Conservative Party

Hartmut Mayer

Fellow and Lecturer in Politics at St Peter's College, University of Oxford

Angela Merkel

Vorsitzende der Christlich Demokratischen Union (CDU), Mitglied des Bundestages für Stralsund – Nordvorpommern – Rügen

Friedrich Merz

Mitglied des Bundestages (MdB) für den Hochsauerlandkreis

Peter Müller

Ministerpräsident des Saarlandes

Friedbert Pflüger

Mitglied des Bundestages (MdB) für Stadt Hannover II, Außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Michael Rutz

Chefredakteur *Rheinischer Merkur*

Wolfgang Schäuble

Mitglied des Bundestages (MdB) für Offenburg, Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU Bundestagsfraktion

Thomas Bernd Stehling

Direktor der Konrad-Adenauer Stiftung, Außenstelle London

David Willetts

Abgeordneter im Unterhaus (MP) für Havant, Schattenminister für Handel und Industrie

Matthias Wissmann

Mitglied des Bundestages (MdB) für Ludwigsburg, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie des Bundestages

Christian Wulff

Ministerpräsident des Landes Niedersachsen

Tim Yeo

Abgeordneter des Unterhauses (MP) für South Suffolk

**Vorworte der Vorsitzenden der
Christlich Demokratischen Union (CDU) und
der Konservativen Partei Großbritanniens**

Gemeinsam ein Europa der Freiheit gestalten

Die Beziehungen zwischen Deutschland und Großbritannien haben im vergangenen Jahrhundert eine wechselvolle Geschichte durchlebt. Nachdem unsere beiden Nationen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts einander als Feinde in furchtbaren Kriegen gegenüberstanden, wurde in den darauf folgenden Jahrzehnten gemeinsam der Weg in ein friedliches, geeintes Europa beschritten.

Es war der große britische Staatsmann Winston Churchill, der nach den Erfahrungen der beiden Weltkriege in seiner Züricher Rede vom 16. September 1946 die Idee des vereinten Europas als Garant für Frieden und Freiheit formulierte. Die europäische Familie, so der konservative Parteiführer, brauche „eine Ordnung [...], unter der sie in Frieden, Sicherheit und Freiheit leben kann. Wir müssen eine Art Vereinigte Staaten von Europa schaffen.“ Churchill sprach damals Deutschland und Frankreich die Hauptverantwortung bei der Herstellung einer solchen Ordnung zu, während er für sein Land neben den USA die Rolle als „Freund und Förderer des neuen Europa“ vorsah. Diese historisch und geographisch begründete britische Positionierung in einer gewissen Distanz zu Kontinentaleuropa ist bis zum heutigen Tage zumindest im Hinblick auf die politische Mentalität erhalten geblieben. Die Realität aber sagt etwas anderes aus: Großbritannien wurde im Laufe der Jahre fester und gewichtiger Bestandteil der Strukturen europäischer Integration. Und Deutschland war von Konrad Adenauer bis Helmut Kohl immer ein Fürsprecher dieser Entwicklung.

Spätestens seit dem Beitritt Großbritanniens zur Europäischen Gemeinschaft im Jahr 1973 gestalteten sich die deutsch-britischen Beziehungen vor allem entlang der gemeinsamen Betätigung in der EG, später der Europäischen Union, aber auch der NATO. Zentral war dabei für beide Seiten immer die Debatte über den Fortgang der europäischen Integration. Bei allen Auseinandersetzungen in dieser Frage war es deutsche Politik, Großbritannien trotz größerer und kleinerer Meinungsverschiedenheiten an Bord des europäischen Dampfers zu halten.

Eine besondere Bedeutung gewannen in diesem Zusammenhang die Beziehungen zwischen deutschen Christdemokraten und bri-

tischen Konservativen. In Großbritannien erlangte 1979 die Konservative Partei mit Margaret Thatcher Regierungsverantwortung. Drei Jahre später wurde der Vorsitzende der Christlich Demokratischen Union, Helmut Kohl, Bundeskanzler. Da es aus deutscher Perspektive bei den wichtigsten sicherheits- und europapolitischen Entscheidungen der folgenden Jahre immer auch darauf ankam, zu einem Einvernehmen mit Großbritannien zu kommen, war zunehmend die Verständigung zwischen der CDU und der Konservativen Partei gefragt.

Neben den Kontakten auf der Ebene der Partei- und Regierungschefs etablierten sich fruchtbare Kontakte zwischen Parlamentariern beider Seiten: Im Austausch zwischen den deutsch-britischen Parlamentariergruppen beider nationalen Parlamente, im Zuge der Annäherung zwischen Christdemokraten und Konservativen im Europäischen Parlament und nicht zuletzt anlässlich der vor zwanzig Jahren begründeten deutsch-britischen Parlamentarientreffen in Cadenabbia. Besonders im Rahmen dieser Zusammenkünfte konnte gegenseitiges Verständnis und persönliches Vertrauen aufgebaut werden, was dazu beitrug, die deutsch-britischen Kontroversen über europapolitische Themen und über die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands in konstruktive Bahnen zu lenken.

Die CDU Deutschlands und die Konservative Partei Großbritanniens teilen gesellschaftliche und politische Grundüberzeugungen und Werte: Sowohl die CDU als auch die Konservative Partei verstehen sich als Volksparteien, denen es darum geht, nationale Traditionen und Institutionen zu verteidigen, die Freiheit des Individuums zu wahren und Staatseingriffe in die Wirtschaft zu begrenzen. Die CDU setzt dabei auf Konzepte, die den britischen Konservativen alles andere als fremd sind. Unser Ziel, Privateigentum und freie unternehmerische Betätigung als Fundament von Wachstum und Wohlstand zu garantieren sowie zugleich soziale Stabilität zu wahren, ist mit dem politischen Gedankengut der Konservativen Partei durchaus verwandt.

Die Übereinstimmungen in Fragen der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik werden ergänzt durch Grundüberzeugungen, die Christdemokraten und Konservative bezüglich der Außen- und Sicherheitspolitik sowie in Grundfragen der Europapolitik teilen. Zu nennen ist hier das gemeinsame Festhalten an der Verankerung der USA in Europa im Rahmen der Nordatlantischen Allianz, das Eintreten für die jetzt erfolgte Erweiterung der EU durch 10

neue Mitglieder, das Interesse an einem Europa mit freien und offenen Märkten und das Beharren auf Subsidiarität als maßgeblichem Ordnungsprinzip der EU.

Deutschland und Großbritannien stehen gleichermaßen vor der Frage, wie das Wirtschaftsmodell unserer Länder an den Bedingungen des 21. Jahrhunderts ausgerichtet werden soll. Unsere gesellschaftliche und ökonomische Ordnung wird gegenwärtig in einem Maße herausgefordert wie nie zuvor. Wissens- und Informationsgesellschaft, neue Technologien, Globalisierung, Demographischer Wandel sind nur einige Stichworte, die diese vielschichtige Veränderung beschreiben. Umfassende Konkurrenz von Unternehmen und Standorten sowie der Wettbewerb um die besten Köpfe dieser Welt bilden in Zukunft den Rahmen für politisches Handeln.

Diese Entwicklungen betreffen alle Staaten Europas, aber Deutschland als das wirtschaftlich größte Land in der EU trägt eine besondere Verantwortung für den Fortgang notwendiger Reformen. In unserem Land – wie auch in Großbritannien – stehen der gesamte Bereich der sozialen Sicherungssysteme sowie die Ordnung des Arbeitsmarkts unter erheblichem Reformdruck. Diese Aufgabenstellung stellt für unsere Parteien eine besondere Herausforderung dar. Ähnlich wie am Ende der siebziger und am Beginn der achtziger Jahre besteht für unsere Parteien die Chance, den notwendigen Wandel orientiert an den Leitgedanken von Freiheit und individueller Verantwortung zu gestalten. Und auch bezogen auf die europäische Ebene gilt es, die Kräfte des Marktes zu stärken und Überregulierungen abzubauen. Dazu gehört, den durch die Erweiterung der EU härter werdenden Wettbewerb zuzulassen, anstatt zu versuchen, ihn mit neuen Reglementierungen einzudämmen. Niedrigere Steuersätze in den neuen EU-Staaten verstärken zweifellos den Reformdruck. Dies muss als Aufforderung begriffen werden, in unseren Ländern die Rahmenbedingungen für den ersehnten Aufschwung zu verbessern.

Wir werden angesichts der schwierigen Ratifizierungsprozesse in Europa, einschließlich Großbritanniens, über den „Vertrag für eine Verfassung für Europa“ (Verfassungsvertrag) nicht umhin kommen, zwischen deutschen Christdemokraten und britischen Konservativen verstärkt die Debatte über die Zukunft der Europäischen Union zu führen. Es wird dabei einmal mehr darum gehen, die Menschen davon zu überzeugen, dass die Geschicke Europas innerhalb der Union mitgestaltet werden müssen.

Für Deutschland war das Zusammenwachsen Europas niemals Selbstzweck. Nach der Katastrophe zweier Weltkriege hat sich Deutschland für die Mitgliedschaft in den Vorläuferorganisationen der EU und im westlichen Verteidigungsbündnis NATO und damit für Frieden in Freiheit entschieden. Aber auch pragmatischere deutsche Interessen sprachen und sprechen für diese Entscheidung: Innere und äußere Sicherheit können gemeinschaftlich besser garantiert werden und unsere Export orientierte Volkswirtschaft profitiert vom freien Handel in einem großen gemeinsamen Binnenmarkt.

Die Gültigkeit dieser Motive für die Mitgliedschaft in der EU hat sich in den letzten Jahren noch verstärkt: Im Zuge der Globalisierung brauchen wir einen großen und starken Binnenmarkt, um weltweit konkurrenzfähig zu bleiben. Die Bedrohung durch den islamisch-fundamentalistischen Terrorismus und andere Sicherheitsrisiken erfordern mehr denn je den Zusammenhalt der europäischen Staaten. Europa und die westliche Welt insgesamt sind dadurch in vielfacher Weise herausgefordert: Wirtschaftlich durch Instabilität insbesondere im Mittleren Osten, sicherheitspolitisch durch die Gefahr von Terroranschlägen und die unkontrollierte Verbreitung von Massenvernichtungswaffen sowie nicht zuletzt durch die Bedrohung unserer gemeinsamen Werte und unseres Lebensstils.

Eine Antwort auf diese Problemstellung ist die Erweiterung der EU um zehn neue Mitglieder: Wir vergrößern den Raum des Friedens, der Sicherheit und des Wohlstands und stärken damit die europäische Position. Die Dimensionen der Erweiterung sind faszinierend: Die EU besteht jetzt aus 25 Nationen; 450 Millionen Menschen bilden einen der größten Binnenmärkte der Welt; die Mobilität von Personen, Waren, Dienstleistungen und Wissen verbessert die Chancen für Innovation und Wachstum. Mit der Erweiterung wird das Handelsvolumen in den alten und neuen Mitgliedstaaten steigen und für positive ökonomische Impulse in der ganzen EU sorgen. Dank ihres beispielhaften Aufholprozesses haben sich die Beitrittsstaaten zu Wachstumsmärkten entwickelt deren Dynamik ganz Europa zugute kommt, nicht zuletzt den Handels- und Exportnationen Deutschland und Großbritannien.

Damit die größere EU handlungsfähig bleibt und ihr wirtschafts- und sicherheitspolitisches Potential voll ausschöpfen kann, braucht sie eine angemessene Struktur. Deshalb war es richtig, das europäische Vertragswerk neu zu gestalten. Der Vertrag über

eine Verfassung für Europa ist neben der Erweiterung der Union die zweite Antwort auf die gravierenden Probleme, mit denen sich die europäischen Völker zu Beginn des 21. Jahrhunderts konfrontiert sehen. Aus Sicht der CDU gilt: Europa braucht den Verfassungsvertrag, weil eine Union von 25 und künftig vielleicht sogar mehr Mitgliedstaaten einen verlässlichen institutionellen Rahmen für ihr Handeln und ihre Entscheidungen ebenso benötigt wie Klarheit, Transparenz und demokratische Legitimation in ihren Politiken. Europa braucht den Verfassungsvertrag, weil die Verwirklichung eines vereinten Europas als Schicksals-, Werte- und Verantwortungsgemeinschaft nur in einer echten politischen Union gelingen kann. Und schließlich braucht Europa den Verfassungsvertrag, weil er dazu beitragen kann, in einer 25 Nationen umfassenden Gemeinschaft Identität und damit den notwendigen geistigen Zusammenhalt einer politischen Union herzustellen.

In einem waren sich CDU und Konservative Partei in den letzten Jahren immer einig: Auf Basis der Verträge von Amsterdam und Nizza wäre dies alles nicht gewährleistet. Der Verfassungsvertrag muss deshalb immer auch als dringend notwendige Korrektur der von uns allen als unzureichend betrachteten bisherigen Rechtsgrundlagen der EU-Strukturen angesehen werden. Deshalb sollte es jetzt nicht darum gehen, die zum Teil nicht unberechtigte Kritik an einzelnen Punkten des neuen EU-Vertragswerks zur Begründung seiner Ablehnung als Ganzes heranzuziehen. Vielmehr gilt es festzustellen, dass der Verfassungsvertrag bezüglich der Strukturen und der Mechanismen der EU im Vergleich zum bisherigen Zustand insgesamt Vorteile bringt.

Der Verfassungsvertrag zielt im Übrigen nicht auf die Schaffung eines europäischen Staates im klassischen Sinne. Wir brauchen starke europäische Institutionen, die eine angemessene Handlungsfähigkeit der EU in Fragen der Sicherheitspolitik oder des gemeinsamen Marktes gewährleistet. Wir wollen aber keinen europäischen „Superstaat“ mit einer zentralistischen „Superbürokratie“, die bürgerfern in Fragen der Kultur oder Sozialpolitik hineinregiert. Der vorrangige Träger von Identität und demokratischer Legitimation ist und bleibt der Nationalstaat mit seinen kulturellen und verfassungsrechtlichen Traditionen. Die Mitgliedstaaten behalten mit dem Vertrag über eine Europäische Verfassung nicht nur ihre Staatlichkeit, sondern auch ihre Souveränität. Sie können in diesem Sinne einzelne Hoheitsrechte auf die europäische Ebene übertragen, nicht aber die Staatsgewalt als

Ganzes. Gerade dies und in diesem Zusammenhang auch die Festbeschreibung der Rechte der nationalen Parlamente im Rahmen der EU-Rechtsetzung garantiert der zur Ratifizierung vorliegende EU-Verfassungsvertrag.

Aus Sicht der CDU soll der Vertrag über eine Europäische Verfassung entsprechend dem Subsidiaritätsgedanken dafür sorgen, dass die EU einerseits dort stärker tätig wird, wo die einzelnen Mitgliedstaaten im Alleingang weniger effizient handeln könnten, und andererseits in denjenigen Bereichen klare Schranken auferlegt bekommt, in denen auf nationaler Ebene schneller, näher am Bürger und damit zielgerichteter agiert werden kann. Das heißt konkret: Die EU soll sich auf den Binnenmarkt, die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und bestimmte Fragen der inneren Sicherheit und der Flüchtlingspolitik konzentrieren. Bereiche wie Beschäftigung, Bildung, Gesundheit und Kultur sollen hingegen im Kompetenzbereich der Mitgliedstaaten verbleiben.

Wir brauchen eine stärkere europäische Kompetenz vor allem in der Außen- und Sicherheitspolitik. Europa muss mehr Verantwortung für Frieden, Freiheit, Recht und Gerechtigkeit in der Welt übernehmen – politisch und militärisch. Das außenpolitische Gewicht Europas befindet sich noch immer in einem deutlichen Missverhältnis zu seiner wirtschaftlichen Stärke. Einer der Gründe dafür ist, dass die außenpolitischen Zuständigkeiten der EU bisher zersplittert waren. Sie verteilen sich auf den jeweiligen Ratsvorsitz, den Generalsekretär des Rates, auf verschiedene Kommissare und schließlich die Außenminister der Mitgliedstaaten. Eine Straffung der außenpolitischen Zuständigkeiten der EU, wie sie der Verfassungsvertrag vorsieht, ist deshalb ein notwendiger Schritt, damit Europa mit einer Stimme sprechen kann. Europa muss außerdem in die Lage versetzt werden, bei Krisen notfalls auch militärisch eingreifen zu können. Der Aufbau europäischer Krisenreaktionskräfte muss daher rasch und mit den nötigen Ressourcen vorangetrieben werden. Und wir müssen prüfen, wie wir diese Kräfte auch für den Kampf gegen den internationalen Terror einsetzen können.

Der Aufbau einer handlungsfähigen EU-Sicherheitspolitik mit eigener Verteidigungskomponente darf dabei nicht gegen die Partnerschaft mit den USA gerichtet sein, sondern muss vielmehr der Stärkung der transatlantischen Beziehungen dienen. Denn trotz der Umwälzungen von 1989/90 bleibt die enge Verbindung zwischen Europa und den USA unverzichtbar für den Erhalt der

europäischen Sicherheit und bei der Bewältigung der globalen Herausforderungen. Je stärker und geeinter die EU dabei ist, umso eher kann sie den USA ein aktiver Partner und Verbündeter sein.

Dies alles zeigt: Europa braucht Großbritannien, aber ein vereintes Europa dient ebenso den britischen Interessen. Denn auch für Großbritannien gilt: Weder sicherheitspolitisch noch wirtschaftspolitisch lässt sich Gewinn aus einer schwachen EU ziehen. Den Problemen der heutigen Welt kann nur im festen Verbund begegnet werden. Globalisierung, Armut, die Verbreitung von AIDS, Klimawandel, Migration und nicht zuletzt Terrorismus machen nicht an nationalen Grenzen halt. Weder Deutschland noch Großbritannien können die Lasten allein schultern, die mit diesen Schicksalsfragen verbunden sind.

Nur wenn es uns gelingt, ein wirtschaftlich und politisch geeintes Europa mit handlungsfähigen und demokratisch legitimierten Institutionen zu schaffen, werden die europäischen Völker Freiheit, Frieden und Wohlstand dauerhaft sichern können. Kein europäischer Nationalstaat kann angesichts der globalen Herausforderungen für sich allein den heutigen Anforderungen gerecht werden – aber gemeinsam sind wir dazu in der Lage. Ein einiges und starkes Europa kann einen wichtigen Beitrag zu einer besseren Welt leisten, und ein einiges und starkes Europa wird unseren Werten, Interessen und unserer Verantwortung in der Welt des 21. Jahrhunderts besser gerecht. Deutsche Christdemokraten und britische Konservative bleiben aufgefordert, in partnerschaftlicher Weise weiterhin daran mitzuwirken, dieses Europa zu gestalten.

Die deutsch-britischen Beziehungen

Vor zwanzig Jahren fand in Cadenabbia das erste britisch-deutsche Parlamentariertreffen statt. Seither begegneten sich bei diesen Treffen zahlreiche unserer Abgeordneten aus beiden Ländern und besprachen in konstruktiver Weise ihre politischen Ansichten. Dies trug zu der Atmosphäre gegenseitiger Achtung und Freundschaft bei, die heute zwischen der deutschen CDU und der britischen Conservative Party besteht. Es ist mir eine Freude und eine Ehre, dass ich gebeten wurde, einige Worte für die Reihe von Essays zur Feier dieses Jahrestags zu schreiben.

Wir sind zwei Parteien aus zwei verschiedenen Ländern mit einer sehr unterschiedlichen Geschichte; es ist daher völlig normal, dass wir nicht immer in allem einer Ansicht sind. Unsere Meinungsverschiedenheiten sind aber vor einem durch gegenseitiges Verständnis und den Glauben an gemeinsame Grundwerte bestimmten Hintergrund zu sehen: die Demokratie, die Rechtsstaatlichkeit und die Freiheit des Einzelnen. Beide glauben wir an eine auf Unternehmertum und Entscheidungsfreiheit beruhende Marktwirtschaft mit einem Minimum an Regulierung und Bürokratie. Beide teilen wir die Überzeugung, dass Europa und Amerika ohne eine starke atlantische Beziehung ärmer und schwächer dastünden und dass diejenigen, die kurzfristigen politischen Vorteilen Vorrang vor dieser langfristigen Beziehung einräumen, den Wohlstand und die Stabilität des neuen Jahrhunderts gefährden.

Es befriedigt mich sehr, zu sehen, wie ausgezeichnet unsere Parteien bei der Förderung unserer gemeinsamen Ziele innerhalb der EU zusammenarbeiten. Wir verstehen beide, dass Europa ohne Wirtschaftsreformen seine Wettbewerbsfähigkeit gegenüber der übrigen Welt einbüßen wird. Die EU kann uns nicht gegen den Wandel abschirmen, der sich außerhalb Europas ereignet, aber sie kann uns helfen, mit diesen Herausforderungen fertig zu werden.

Heute ist die Beziehung zwischen der CDU und der Conservative Party und zwischen Frau Dr. Merkel und mir selbst stark – Cadenabbia hat dabei sicherlich eine Rolle gespielt.

Ich war – dank einer Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung – 2004 nach Berlin gereist, um zum ersten Mal meine Vision von

der Zukunft Europas darzulegen – der Vision eines Europa mit fünfundzwanzig Mitgliedsländern, das ausreichend flexibel ist, um jedem Mitgliedstaat gerecht werden zu können. Wir müssen begreifen, dass unterschiedliche Staaten nach unterschiedlichen Dingen streben und die Europäische Union stark genug sein kann und muss, um sich mit Zuversicht zu dieser Vielfalt zu bekennen.

Wenn die Europäische Union für irgendetwas steht, so ist es die Heilung unseres Kontinents von den Schrecken der Vergangenheit – Krieg, Faschismus und Kommunismus. Dieser zentrale Auftrag der Europäischen Union wäre ohne die Erweiterung nicht abgeschlossen, und Deutschland und das Vereinigte Königreich sowie die Conservative Party und die CDU können stolz darauf sein, dass wir zu den ersten und entschiedensten Befürwortern dieses Prozesses zählten.

Ich bewundere die CDU seit langem. Durch ihre zahlreichen Erfolge – vom Wiederaufbau der Demokratie in Deutschland bis zu der intellektuellen Kreativität, die wir heute erleben – leistete die CDU einen hervorragenden Beitrag zur Europapolitik. Sowohl die CDU als auch die britischen Konservativen sind im Unterschied zu anderen Parteien bereit, die Herausforderungen anzugehen, vor denen unsere Länder heute stehen. Für uns im Vereinigten Königreich ist eines der dringendsten Themen die Reform des öffentlichen Sektors. Eltern und Patienten warten schon allzu lange auf das Recht, sich in den Bereichen Bildung und Gesundheitswesen frei entscheiden zu können. In Deutschland muss es Reformen in den Bereichen Arbeitslosigkeit und Wirtschaft geben, damit Deutschland in die strahlende Zukunft gehen kann, die es verdient. In den vergangenen Jahren erwies sich die SPD-Regierung als unfähig, den Bedürfnissen Deutschlands gerecht zu werden. Die Freunde Deutschlands setzen ihre Hoffnungen auf die nächste CDU-Regierung.

Es kann keinen Zweifel geben, dass die enge Zusammenarbeit und der fruchtbare Ideenaustausch zwischen unseren beiden großen Parteien fortgesetzt und dieses Buch darin den ihm angemessenen Platz finden wird.

Einleitung

Festschriften sind eine wunderbare akademische Tradition, die in Deutschland begann und sich von dort langsam ausbreitete und zum Vorbild für andere akademische Kulturen wurde. Zu runden, meist späten, Geburtstagen prominenter Wissenschaftler und Persönlichkeiten schenken alte Weggefährten, Schüler und Kollegen dem Jubilar ein Buch, das über Werk und Schaffen des Geehrten reflektiert und gleichzeitig Gelegenheit gibt, persönliche Anmerkungen, Erinnerungen und Anekdoten erneut aufleben zu lassen. Der Charme dieser Schriften liegt in den engen menschlichen Verbindungen der Autoren, in dem, was über den Text hinaus zuerst von denen verstanden wird, die mit dem Jubilar gelebt und gearbeitet haben.

Dieser Sammelband ist eine solche Festschrift. Anders als die klassische Variante feiert sie jedoch keine Person, sondern eine Institution, keinen alten, sondern einen noch sehr jungen Geburtstag. Das Buch markiert den 20. Jahrestag der Deutsch-Britischen Parlamentariertreffen in Cadenabbia, einer in jeder Hinsicht einzigartigen und faszinierenden Form der deutsch-britischen Begegnung. Seit 1984 treffen sich am berühmten Urlaubsort Konrad Adenauers einmal jährlich Parlamentarier der deutschen CDU/CSU Fraktion und der britischen Konservativen zum Gedanken- und Meinungsaustausch sowie zur Pflege alter und neuer Freundschaften. In entspannter Atmosphäre und unvergleichlich schöner Umgebung suchen sie seit 20 Jahren nach gemeinsamen Grundwerten und nach Antworten auf politische Fragen der Zeit. Sie vergleichen Strategien und Lösungen für ähnliche Probleme, streiten vehement über Unterschiede, ringen um Verständnis für gegensätzliche Positionen und kommen letztlich beim Rotwein alle immer wieder zusammen.

Die Autoren dieses Bandes wollen mit ihren Aufsätzen nicht nur „Cadenabbia“ feiern und ihre persönlichen Freundschaften vertiefen, sondern – das klingt in so vielen Beiträgen an – auch Dank sagen für das Geleistete. Die Cadenabbia-Treffen sind zweifelsohne ein Flaggship der vielfältigen und erfolgreichen Arbeit der Londoner Außenstelle der Konrad-Adenauer-Stiftung. Private und staatlich unterstützte Stiftungen, Kulturinstitute und zivilgesellschaftliche Foren leisten einen unverzichtbaren Beitrag zum Verständnis und Zusammenwachsen zwischen Großbritan-

nien und Deutschland. Die Aufmerksamkeit der Konrad-Adenauer-Stiftung gilt dabei naturgemäß, wenn auch bei weitem nicht ausschließlich, der Pflege der Freundschaft zwischen den deutschen Christdemokraten und den britischen Konservativen und bildet einen wichtigen Teil des deutschen-britischen Netzwerkes, ohne das eine erfolgreiche Verständigung zwischen den Eliten beider Länder nicht denkbar wäre.

Dieser Sammelband versucht in bescheidener Form nachzubilden, was stets den besonderen Reiz der Cadenabbia-Treffen ausgemacht hat: Freundschaft, gegenseitiger Austausch und, bei unvermeidlichen inhaltlichen Unterschieden, die Verständigung auf gemeinsame Werte und Ziele.

Der Band gliedert sich in drei Teile. In Teil 1 wird primär an alte Zeiten erinnert, gefeiert und gedankt. Zwei der zuverlässigsten und wichtigsten Teilnehmer der Cadenabbia-Treffen der letzten 20 Jahre, David Hunt und Norbert Lammert, lassen den Leser am „Mythos Cadenabbia“ teilhaben. Die Verbindung von persönlichen Anekdoten, historischer Analyse der Entwicklungen beider Parteien sowie der spürbare Dank der Autoren für das voneinander Gelernte zeichnen diese Beiträge aus. Sie zeigen darüberhinaus, wie eine bestimmte Generation damals jüngerer Abgeordneter einen Teil ihrer politischen Sozialisation und ihr Verständnis für das jeweils andere Land und die Bedürfnisse der Schwesterpartei durch „Cadenabbia“ erfahren und erlernt haben. Beide Texte sind zweifelsohne Lesevergnügen für all jene, die dabei waren. Sie wenden sich jedoch auch an Außenstehende, die sich für den Prozess interessieren, sowie an all jene, die in Zukunft als Abgeordnete dabei sein und den „Mythos Cadenabbia“ weitertragen werden.

Teil 2 des Bandes ist ein Abbild dessen, was stets im Zentrum des Dialoges in Cadenabbia stand. Deutsche und britische Parlamentarier analysieren gemeinsam politische Fragen und Probleme, beschreiben und bewerten die spezifisch nationale Sicht und vergleichen sie mit der des Partnerlandes und der Schwesterpartei. Die erste Hälfte des Teils 2 beschäftigt sich mit innenpolitischen Reformprozessen, die zweite mit alten und neuen Herausforderungen der internationalen Politik.

Die Aufsätze von David Curry und Roland Koch untersuchen zunächst Grundsatzfragen der jeweiligen Demokratiesysteme, nämlich das Verhältnis von zentraler Exekutive und regionalen und lokalen Entscheidungsebenen. Sowohl die eher zentralisti-

sche Demokratie Großbritanniens als auch das föderale System der Bundesrepublik Deutschland sind Ausdruck der ureigenen Geschichte beider Länder und stehen für sehr unterschiedliche politische Kulturen. Es ist ein gängiges Klischee des deutsch-britischen Dialoges, dass Briten und Deutsche zwar die gleichen Begriffe – sei es „Föderalismus“, „Subsidiarität“, „Brüssel“ oder „Regionalismus“ – verwenden, dabei jedoch stets aneinander vorbeireden, weil sie mit diesen Begriffen ganz unterschiedliche Konnotationen und Befürchtungen verbinden. Roland Koch und David Curry helfen, die bekannte Verwirrung zu entflechten. Curry erklärt den Weg der britischen „devolution“ seit 1997, Koch die Geschichte, Gegenwart und mögliche Zukunft des deutschen Föderalismus. In beiden Ländern gilt eine moderate Neuordnung des Verhältnisses zwischen zentralen und regionalen Entscheidungszentren als unumgänglich. Der durch den europäischen Integrationsprozess vorangetriebene Wandel und das sich neu herausbildende Mehrebenensystem politischer Entscheidungen innerhalb der EU sowie zwischen der EU und den Mitgliedsstaaten, die Herausforderungen der Globalisierung für nationale Demokratien und das Bedürfnis der Menschen nach regionalen Identitäten und transparenten politischen Entscheidungen erfordern solche Reformen. Beiden Autoren gemein ist das Anliegen, Bewährtes in ihren Ländern zu erhalten und an neue Anforderungen anzupassen.

Der Analyse der britischen *devolution* und der Reform des deutschen Föderalismus, für viele die Mutter aller Reformen in der Bundesrepublik, folgt ein Thema, das die öffentlichen Debatten in beiden Ländern seit Jahren bestimmt: der Zustand und die Zukunft des Wohlfahrtsstaates und der öffentlichen Güter. In keinem anderen Bereich, so scheint es, können Deutschland und Großbritannien mehr voneinander lernen. Es gehört zu den Ironien der deutsch-britischen Beziehungen der letzten 20 Jahre, dass sich das Image der beiden Gesellschaftsmodelle in dieser Zeit um 180 Grad gedreht hat. Galt „Modell Deutschland“ vielen Briten in den 80er Jahren als Vorbild für eine stabile und effiziente Wirtschaftsmacht mit hoher sozialer Sicherheit und exzellenter Infrastruktur, so sehen heute viele Deutsche in Großbritannien die erfolgversprechendste europäische Antwort auf die Herausforderung der wirtschaftlichen Globalisierung. In guter Cadenabbia-Tradition nehmen sich David Willetts und Matthias Wissmann des Themas an, vergleichen Reformschritte in Großbritannien und Deutschland und wägen die Vor- und Nachteile

ihrer jeweiligen Systeme behutsam ab. Erstaunlich ist die Offenheit für die eigenen Schwächen und das Verständnis für die Sorgen des anderen Staates. David Willetts gelingt es, am Beispiel der „Public Service Reform“ auch die konzeptionellen und historischen Unterschiede zwischen kontinentalen Christdemokraten und britischen Konservativen herauszuarbeiten und verständlich zu machen. Matthias Wissmann untersucht, wie sich die im internationalen Vergleich immer noch hervorragende deutsche Infrastruktur angesichts leerer öffentlicher Haushaltskassen erhalten und verbessern läßt. Im Mittelpunkt seines Interesses steht das Instrument der Öffentlich-Privaten Partnerschaften, für das Großbritannien in Europa die Voreiterrolle spielte. Die Erfahrungen in England, positive wie negative, bieten somit einen Leitfaden für ähnliche Reforminstrumente in Deutschland.

Primär in die Zukunft blickt auch Christian Wulff. In einem breit angelegten Aufsatz, der viele Politikbereiche abdeckt, analysiert er die dringlichsten Reformaufgaben Deutschlands, u.a. die Rückkehr zu mehr Wirtschaftswachstum, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, den Erhalt eines finanzierbaren Wohlfahrtsstaates sowie eine für die Betroffenen nachvollziehbare Lösung all jener Herausforderungen, die sich aus der gewandelten Alterspyramide ergeben. Er kritisiert die Agenda 2010 der Bundesregierung Schröder als nicht weitreichend genug, räumt aber ein, dass man bei allen notwendigen Reformen stets Vertrauen unter den Bürgern schaffen und bewahren müsse.

Nach Christian Wulffs Gesamtüberblick untersuchen Tim Yeo für Großbritannien und Peter Müller für Deutschland konkrete Details ausgewählter Problemfelder. Tim Yeo beschreibt die Herausforderungen seines Landes und seiner Partei in den Bereichen Verkehr, Gesundheit und Bildung und stellt sie in den Zusammenhang des allgemeinen Wandels seit 1945. Peter Müller reflektiert über eine zukunftsorientierte Zuwanderungspolitik in Deutschland. In einem sehr sensiblen Aufsatz macht er deutlich, warum die Zuwanderung ein Testfall für die politische Kultur und nationale Identität in Deutschland werden wird. Er plädiert für eine Versachlichung der Migrationsdebatte in Deutschland. Dabei sucht er einen gesunden Mittelweg zwischen den Bedrohungsängsten vieler Menschen und den objektiven Bereicherungschancen, die sich durch Zuwanderung für Deutschland ergeben.

Das Thema Einwanderung und nationale Identität leitet in unserem Band von den innen- zu den außenpolitischen Debatten über. Es sind in der Tat primär die internationalen wirtschaftli-

chen und politischen Rahmenbedingungen, neue Kriege, politische Verfolgung, Menschenrechtsverletzungen, ökonomische Ungleichheiten, Seuchen und Naturkatastrophen, die Menschen zunehmend nach Europa einwandern lassen. Der alte Kontinent, jahrhundertlang selbst Kriegs- und Krisengebiet, ist heute Zentrum der Stabilität in einer immer noch fragilen Weltordnung.

Wer wollte bei allen Unterschieden zwischen deutschen und britischen Positionen in der Europa-Frage bestreiten, dass diese Stabilität ein Erfolg des europäischen Integrationsprozesses ist, den Deutschland und Großbritannien, Christdemokraten und Konservative, auf so unterschiedliche Weise mitgestaltet und geprägt haben. In 20 Jahren „Cadenabbia“ war die Europa-Politik stets ein besonderes Anliegen, häufig sogar ein gefährliches Minenfeld. Die oft gegensätzlichen Position zur Europäischen Integration und die nicht immer reibungslose Zusammenarbeit von Christdemokraten und britischen Konservativen im Europa-Parlament waren in der Tat mit ein Grund dafür, warum die Cadenabbia-Gespräche in dieser Form 1984 ins Leben gerufen wurden.

Das Forum war darüberhinaus stets jedoch auch an den größeren strategischen Fragen der Weltpolitik interessiert. Gemeinsam ging man den Weg vom zweiten Höhepunkt des kalten Krieges unter Ronald Reagan zur schnellen Annäherung an Michael Gorbatschow, sah die Revolutionen in Osteuropa und gestaltete den Umbruch 1989, der für Deutschland die Einheit im vereinigten Europa brachte. In den 90er Jahren stritt man über die Vertiefung und Erweiterung der Europäischen Union und der NATO, die die heute so erfolgreiche Integration der mittel- und osteuropäischen Staaten in westliche Sicherheits- und Stabilitätsstrukturen auf den Weg brachte. Man teilte auch die Hoffnungen auf eine neue friedliche Weltordnung nach dem Ende der Bipolarität und war gemeinsam schnell ernüchert angesichts neuer ethnischer Konflikte weltweit. Insbesondere die für Europa so schmerzhaften Kriege im ehemaligen Jugoslawien und die Suche nach Instrumenten der Krisenbewältigung im Balkan banden deutsche und britische Außenpolitiker zusammen. Die terroristische Bedrohung nach dem 11. September 2001, der Krieg im Irak, die Spannungen im transatlantischen Verhältnis, ungelöste Probleme im Nahen Osten oder die internationale Einbindung und Liberalisierung Chinas sind und bleiben Aufgaben, die Deutsche und Briten nur in enger Kooperation bewältigen werden. Die Autoren des außenpolitischen Teiles dieses Bandes nehmen sich vieler dieser Themen an.

Ein Ereignis der letzten 20 Jahre sticht noch immer hervor: Die Deutsche Einheit. Welcher Zeitzeuge erinnert sich nicht an die Spannungen im deutsch-britischen Verhältnis in den Jahren 1989/90 als die bundesdeutsche Regierung unter Helmut Kohl gegen den Widerstand von Premierministerin Margaret Thatcher die inneren und äußeren Voraussetzungen für die friedliche Vereinigung beider deutscher Staaten schaffte. Das Verhältnis zwischen Helmut Kohl und Margaret Thatcher war nie besonders innig, doch selten war es so schlecht wie in Kohls wichtigsten politischen Monaten. Gerade weil Politik heutzutage so oft personalisiert wird, und welcher Gegensatz böte sich besser an als der zwischen Kohl and Thatcher, ist vielen nicht bewusst, dass Großbritannien im Prozess der deutschen Vereinigung in den 2+4 Verhandlungen eine wichtige und sehr konstruktive Rolle spielte. Douglas Hurd, britischer Außenminister in jenen Jahren und einer der besten Kenner und engsten Freunde Deutschlands, erläutert in diesem Band in einer sehr persönlichen und offenen Rückschau die britische Politik im Prozess der Deutschen Einheit. Der Beitrag ist auf seine Art ein Dokument der Zeitgeschichte.

Ihm folgend analysiert Wolfgang Schäuble die deutsch-britischen Beziehungen im Dreieck der großen Hauptstädte London, Paris und Berlin. Er beschreibt das besondere Potenzial einer engen Kooperation der drei in und für Europa. Er bezeichnet gemeinsame britisch-französisch-deutsche Anstrengungen als den dynamischen Kern Europas und hofft, dass eine gemeinsame europäische Identität nationale Egoismen in Zukunft zu zügeln vermöge. Trotz bestehender Probleme sollten Politiker weder Erreichtes kleinreden noch sich von dem Erreichten blenden lassen. Gerade mit Blick auf die weltweiten Bedrohungen stellt Schäuble heraus, dass Europa ein noch größeres Maß an Gemeinsamkeit erreichen müsse, um eine Rolle in der Welt spielen und seine eigene Zukunft in der globalen Ordnung gestalten zu können.

Francis Maude konzentriert sich in seinem Beitrag auf die engeren deutsch-britischen Beziehungen und zeichnet die Grundlinien der letzten 20 Jahre nach. Er stellt die These auf, dass sich die beste politische Analyse womöglich aus der Untersuchung der Einstellung der Spitzenpolitiker erschliesse. Er konzentriert sich daher auf die Personen und Einstellungen zu Deutschland von Margaret Thatcher, John Major und Tony Blair.

Friedbert Pflüger und Michael Ancram widmen sich den für beide Länder so wichtigen transatlantischen Beziehungen. Sie fra-

gen zurecht, ob an der Schwelle des 21. Jahrhunderts Europa und die USA weiter an einem Strang ziehen und damit die entscheidende Lektion des 20. Jahrhunderts, d.h. die notwendige Zusammenarbeit der freien Welt, weitertragen werden. Pflüger macht deutlich, dass eine neue Generation von Politikern, die den zweiten Weltkrieg und den Kalten Krieg nicht erlebt hätten, immer wieder neu für die transatlantische Partnerschaft gewonnen werden müsse. Die NATO müsse wiederbelebt werden, und Europa müsse sich seiner globalen Verantwortung noch sehr viel stärker stellen. Man brauche auf beiden Seiten ein transatlantisches „Wir-Gefühl“. Deutsch-britische Zusammenarbeit könne dazu beitragen, diese unverzichtbare Identität neu zu entwickeln und zu stärken.

Michael Ancram betont, dass die USA zweifelsohne das Herz des geopolitischen Umfeldes sei. Europa solle daher stets als Partner der Vereinigten Staaten und nicht als ihr Rivale auftreten. Deutschland nehme eine Schlüsselrolle ein und müsse helfen, Europa auf dem Kurs der engen transatlantischen Kooperation zu halten. Der enge Zusammenschluss der USA, Großbritanniens und Deutschlands zur Abwehr der globalen Bedrohungen sei ein unumgängliches Ziel. Ein Dreiecksbündnis Washington-London-Berlin solle Europa und Amerika einen statt zu spalten, wie es bedauerlicherweise in der Irak-Krise geschah.

Im abschließenden Beitrag des internationalen Teils unseres Bandes fragt Friedrich Merz, wie sich Deutschland in der globalisierten Wirtschaftsordnung neu positionieren müsse. Er bezeichnet Globalisierung im Schumpeterschen Sinne als dynamischen Prozess der Zerstörung und Erneuerung. Er betont die Chancen, die sich aus der weltweiten Arbeitsteilung ergeben. Länder, die sich vor der Zerstörung und Erneuerung ihrer herkömmlichen Strukturen fürchten, könnten, so Merz, jedoch schnell zu den Verlierern der Globalisierung gehören. Daher gelte es, den Strukturwandel in Deutschland voranzutreiben, da jede Verzögerung mit erheblichen Kosten verbunden sei. Globalisierung sei Schicksal und Chance für Deutschland zugleich. Die deutsche Volkswirtschaft solle unverzüglich fit gemacht werden für den Übergang von der traditionellen Industrieproduktion in die globale Informations- und Wissenschaftsgesellschaft.

Teil 3 unseres Bandes öffnet dann den Dialog der Politiker mit außenstehenden Experten. Parlamentarier sind stets auf den Austausch mit Wissenschaftlern, Wirtschaftsführern, Medien sowie

Vertretern der Kirchen und zivilgesellschaftlichen Gruppen angewiesen. Exemplarisch für diesen Wissenstransfer, der die Treffen in Cadenabbia stets befruchtet hat, stehen drei Aufsätze. Frank Bösch, ein jüngerer Historiker, zeichnet die Geschichte der CDU der letzten 20 Jahren nach. Er argumentiert, dass die Christdemokraten in dieser Zeit eine kontinuierliche Liberalisierung erfahren haben, jedoch keine drastischen Veränderungen, wie sie den britischen Konservativen möglicherweise bevorstehen. Der Erfolg der CDU bei Wahlen erkläre sich aus dieser im Vergleich zu den Tories leisen und schrittweisen Form der inneren Erneuerung.

Abschließend untersuchen zwei herausragende Medienvertreter, Tim Gardam und Michael Rutz, wie sich in den vergangenen 20 Jahren das Medienumfeld gewandelt und damit neue Bedingungen für Politik in beiden Ländern geschaffen hat. Tim Gardam analysiert die einschneidenden Veränderungen in den elektronischen Medien in Großbritannien. Er bedauert, dass das britische Fernsehen zusehends inhaltlich verarme und seine angestammte Aufgabe als kultureller und gesellschaftlicher Katalysator verloren habe. Michael Rutz fragt, wie sich die Macht der Medien in modernen Gesellschaften organisiert und ob wir nicht bereits in einer Zeit der substanzlosen Atemlosigkeit leben, in der das schnelle Mediengeschäft Politik überinszeniere und dadurch Politikverdrossenheit anstelle von Politikvermittlung und -kontrolle schaffe. Rutz sieht die Gefahr eines Dominanzkampfes zwischen politischen Eliten und Medieneliten, der sich zum Nachteil des gesamten demokratischen Systems gestalten könnte. In seinem wichtigen und ausgewogenen Aufsatz schlägt Rutz die Brücke zu Universalgedanken wie Rousseau, Weber und Luhmann und begründet, warum ein Nachdenken über die Rolle der Medien so entscheidend für das Funktionieren von Demokratie ist.

Die Schlussbetrachtungen der Herausgeber stellen dann die zentralen Aussagen der Einzeltexte in den größeren Zusammenhang der deutsch-britischen Beziehungen der vergangenen 20 Jahre. Sie wagen einen Ausblick auf das, was Cadenabbia-Teilnehmer in Zukunft beraten werden. Eine leise Vorbemerkung sei schon am Anfang erlaubt. Leider hört man in manch akademischen Zirkeln immer wieder, dass sich im zusammen wachsenden Europa rein bilaterale Dialoge, sei es auf der Ebene von Politik, Wirtschaft, Diplomatie oder Zivilgesellschaft, eigentlich überholt hätten. Angesichts der eng verflochtenen Beziehungen zwischen den reichen Demokratien Europas und des normalen beruflichen Austauschs zwischen den Eliten böten bilaterale Foren, abgesehen

vom persönlichen Vergnügen der Teilnehmer, nur marginalen Gewinn für diese Länder. Knapper werdende Ressourcen sollten vielmehr größeren europäischen Foren, dem Austausch mit den neuen EU-Mitgliedsstaaten oder dem Dialog zwischen den globalen Regionen und Religionen dienen. Der vorliegende Band zeigt in aller Deutlichkeit, dass eine solche Sichtweise viel zu kurz greift. Die Stärkung der klassischen bilateralen Beziehungen und neue multilaterale und interregionale Foren schließen einander nicht aus, sie ergänzen sich vielmehr. Das Vertrauen zwischen den Entscheidungsträgern der großen europäischen Staaten bildet seit jeher die Grundlage für Fortschritt in Europa sowie für gemeinsame Antworten auf die globalen Fragen der Zeit.

Man kann den Wert eines 20jährigen Dialoges zwischen deutschen Christdemokraten und britischen Konservativen nicht exakt messen. Und wer wäre verrückt genug, dies zu fordern und zu wollen. Alle Autoren dieses Bandes dokumentieren mit ihrem Beitrag jedoch ihre tiefe Wertschätzung für das in 20 Jahren Erreichte. Die Beziehungen zwischen den deutschen Christdemokraten und den britischen Konservativen, zwischen den bürgerlichen Parteien im Europaparlament und zwischen Deutschland und Großbritannien wären ohne einen solchen Dialog anders und mit Sicherheit problematischer verlaufen. Diese zentrale Botschaft eint alle hier vorliegenden Texte. Sie hält das Buch und den „Mythos Cadenabbia“ zusammen.